

Sächsische Volkszeitung

Versteht täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Bezugspreis: Vierteljahr 1 Mark 50 Pf. (ohne Postgebühren), für Collegen
vierteljährlich 2 Mark 50 Pf. Bei ca. 2000 Abonnenten. Druckerei: 1. Göttingerstraße Nr. 60/62.
Eingangsnummer 10 Pf. — Reklamations-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Anzeigen werden die 6. Spalte, Postkarte ob. drei Zeilen mit 15 Pf.,
Restanten mit 50 Pf. die Zeile berechnet. 4. Wieberg, bebaut. Substanz.
Druckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden,
Wilmersstraße 43. — Fernsprecher Nr. 1306.

Eine neue Militärvorlage?

Von hochachtbarer Seite aus dem Reichstage geht mit folgender Artikel zu:

In den geraden Jahren eine Flottenvorlage, in den ungeraden eine Militärvorlage und dazu alle fünf Jahre einen längeren Kolonialkrieg; das halten die besten Finanzen nicht aus! So meinte ein bekannter Zentrumsabgeordneter in einer Sitzung der Budgetkommission vor zwei Jahren. Und leider scheint er Recht zu erhalten. Der Kolonialkrieg dauert noch fort und kostet zifra 400 Millionen Mark; die Flottenvorlage ist im Jahre 1906 angenommen worden und bereits gibt es Leute, die für eine neue Vorlage agitieren. Die letzte Militärvorlage fand im Jahre 1905 Annahme und nun wird man mit der Wäternachricht überbracht, daß dem Reichstag bald nach seinem Zusammentritt eine neue Militärvorlage zugehen werde. Es handelt sich dabei hauptsächlich um eine ziemlich erhebliche Vermehrung der Genie-Truppen zur ausgiebigeren Verwendung des Telegraphen- und Telephonendienstes, sowie um eine systematische und ausgedehnte Verwendung des Automobils im Heeresdienste. Daneben dürfte, nach den Erfahrungen der letzten Märdner zu schließen, auch eine nicht unerhebliche Verstärkung der schweren Feldartillerie gefordert werden. So lautet die Nachricht, die offenbar aus guter Quelle stammt. Uns selbst sind auch schon solche Andeutungen gemacht worden und wir müssen deshalb mit der Wichtigkeit dieser Nachricht rechnen.

Gewiß wird dieselbe sehr großes Aufsehen erregen. Im Jahre 1905 beschloß der Reichstag eine Erhöhung der Präsenzstärke um 10 378 Mann bis zum Jahre 1911. Man rechnete allgemein damit, daß man bis 1911 Ruhe und Sicherheit vor neuen Vorlagen haben werde. Eine solche ist nun im so mehr geboten, als die Umbewaffnung der Artillerie und Infanterie, die sich jetzt vollzieht, ein Heidengeld erfordert. Man schätzt diese Kosten auf mindestens 150 Millionen Mark. Und jetzt stehen bereits wieder neue, große Ausgaben bevor. Die Militärvorlage von 1905 brachte eine nicht unbedeutende Vermehrung der Pioniere und Telegraphenbataillone, die im Reichstage schlantwegen angenommen worden ist. Die Infanterie wurde um 8 Bataillone erhöht, die Kavallerie um 28 Eskadrons; nun sollte diese Erhöhung im langsam Tempo bis zum 31. März 1911 vor sich gehen. Das Zentrum hat dieser Vorlage zugestimmt, weil es sich von der absoluten Notwendigkeit derselben überzeugte. Die Gesamtstärke der Truppen soll nach dem bestehenden Friedenspräsenzgesetz betragen im Jahre 1911: Infanterie 633 Bataillone, Kavallerie 510 Eskadrons, Feldartillerie 574 Batterien, Fußartillerie 40 Bataillone, Pioniere 29 Bataillone, Verkehrsstruppen 12 Bataillone, Train 23 Bataillone.

Die Gesamtkosten der Militärvorlage von 1905 belaufen sich auf einmaligen Ausgaben auf 62 Millionen, an fortlaufenden auf 17,7 Millionen. Man sieht also, daß die Mehrbelastung eine ganz erhebliche ist. Bei der Beratung dieser Vorlage hat der Kriegsminister eigens versichert, daß die Gesamtzahl der Truppen nicht mehr erhöht werden soll, es handele sich nur noch um den inneren Ausbau, um die Ausfüllung der Lücken in der Organisation, die im Interesse der Schlachttauglichkeit beseitigt werden müßten.

In den unläufigen Meldungen spricht man zuerst von einer erheblichen Verstärkung der Feldartillerie. 1870 hatten wir 251 Batterien und heute 574; die Zahl ist also in 36 Jahren mehr als verdoppelt worden. Hier kann man doch von keinem Ausbau der Lücken mehr reden! Wir sind sehr gespannt, wie der Kriegsminister eine solche neue Forderung zu begründen versuchen und sie mit seinen früheren Erklärungen in Einklang bringen wird.

Daß die Vermehrung der technischen Truppen gefordert

werden würde, stand seit dem letzten Märdner schon fest. Aber man muß sich doch fragen: welche neuen Gesichtspunkte sind denn seit März 1905 aufgetreten? Wachte man schon 1905, daß unsere technischen Truppen ungenügend sind, so mußte sofort Abhilfe eintreten. Man hat doch in diesen beiden Jahren nichts von einer großen Umwälzung auf diesem Gebiete gehört; man hat nichts von neuen technischen Erfindungen erfahren, die gerade für das Militär von entscheidender Bedeutung sind. Feldtelefon und Feldtelegraph kennt man schon lange und sind auch schon geraume Zeit im Gebrauche. Laß sie mit der Ausdehnung der Schachlinie erhöhte Bedeutung haben, leuchtet jedem Laien ein.

So muß die genannte Ankündigung recht unangenehme Gefühle auslösen. Wenn die Regierung sich an sein Wort gebunden halten sollte, darf sie auch vom Reichstag keines mehr fordern. Dann müßte man aber zu der jährlichen Festsetzung der Friedenspräsenzstärke zurückkehren. Aber Zersetzungen mit Erweiterungen nach zwei Jahren sind ein Unding, zudem der Reichstag nicht die Hand bieten könnte. Die Bindung muß eine gegenseitige sein und auch von der Regierung gehalten werden.

Von weittragender Bedeutung für die gesamte Frage wäre die Lösung der Deckungsfrage. Das Reichsfinanzamt hat im Mai feierlich erklärt, daß es keine neue Vorlage mehr dem Reichstage unterbreiten werde, für welche nicht sofort die Deckungsfrage gelöst sei! Gut. Wie Rhodus, wie salta! Eine solche Vermehrung kostet Millionen und man darf nicht damit rechnen, daß hierzu die laufenden Mittel ausreichen; sonst beginnt die Unordnung der Reichsfinanzen aufs neue. In der jetzigen Hochkonjunktur mag Geld vorhanden sein, aber gar bald muß ein wirtschaftlicher Rückschlag eintreten und was dann? Wo soll denn das Geld hergenommen werden? Die Regierung würde also mit dieser Vorlage einen sehr schweren Stand haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es in Verbindung mit der Kolonialmilitärwirtschaft zum Konflikt kommt. Und dann stehen Neuwahlen bevor! Also rüsten wir uns zeitig auf eine solche Eventualität durch Ausbreitung der Presse und Ausbau der Organisation!

So weit unser Gewährsmann. Die „Tägliche Rundschau“ glaubt zwar auf Grund von Erkundigungen an unterrichteter Stelle mitteilen zu können, daß die Nachricht von einer neuen Militärvorlage mit nicht unbedeutenden Mehrforderungen in jeder Beziehung unzutreffend sei. Durch das Geis über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres vom Jahre 1905 sei die Präsenzstärke des Heeres bis zum 31. März 1910 festgelegt. Niemand denke daran, innerhalb dieser Zeit Neuformationen zu beantragen, die mit der gesetzlichen Festlegung in Widerspruch ständen. Wohl aber dürften wir in jedem Jahre so auch im nächsten Jahre Neuformationen für Material, zum Beispiel für Automobile, Maschinengewehre usw. ersehen.

Unser Gewährsmann hat nicht behauptet, daß die Wäternachrichten zutreffend sind, sondern nur die Sachlage bekundet, falls sie sich bestätigen. Wir glauben daher den Artikel ohne Rücksicht auf die gegenwärtige Nachricht der „Täglichen Rundschau“ veröffentlicht zu haben.

Politische Rundschau.

Dresden, den 2. Oktober 1906.

Der Großherzog und die Großherzogin hielten am 1. Oktober nachm. 4 Uhr von einer zahlreichen Menschenmenge enthusiastisch begrüßt, ihren Einzug in die festlich geschmückte Stadt Baden-Baden. Das Großherzoginpaar nahm im Schlosse Aufenthalt.

Die amtlichen Braunschweigischen Anzeigen erklären die Wäternachricht von einem wichtigen Schreiben des Herzogs von Cumberland und dem baldigen Wiederzusammentritt des Landtages für gänzlich falsch. Es liegt

idast einiger weniger entwickelt. Eine weitere Folge davon sei auch der Krieg.

Von tiefem Denken zeugt der Satz gerade nicht, und der weitere Satz: „Der unter dem Schutze der Kirchenmacht am besten gedeihende „Kulturkampf“ sehe sein Ideal darin, die Söhne des Volkes zu blutdürstigen Kriegsknechten zu erziehen“ — erhebt sich nicht über das Niveau der verkommensten sozialdemokratischen Kabulistik.

Wenn aber der Genosse noch meint: Die Gebote „Du sollst nicht töten“ und „Du sollst nicht stehlen“ scheinen nur für den christlichen Hausgebrauch bestimmt zu sein — so ist es da mit Entschuldigungsgründen vorbei. Denn in welcher Weltabgeschiedenheit der gute Mann immer wohnen mag, von Notwehr wird er doch wohl schon mal gehört haben. Wie es eine Notwehr des einzelnen gibt, die gegebenenfalls selbst die Tötung des Angreifers gestattet, so auch gibt es eine Notwehr des Volkes oder des Staates gegen einen Angreifer. In diesem Falle führt der Staat das Schwert und ist der Krieg eine berechtigte Sache. Genosse Vogtherr hat leider in seiner Vergesslichkeit unterlassen, zu fragen, was etwa zu machen sei, wenn bei einem internationalen Schiedsgericht ein Teil mit dem Schiedsspruch sich nicht zufrieden gebe und doch das Schwert ziehe. Man wende ja nicht ein, die Völker täten in einem solchen Falle nicht mehr mit. Als ob die Geschichte nicht Fälle berichte, wo es das Volk war, welches der schiebende Teil war und die Regierung einfach mitfortschritt.

In berechtigter Notwehr eines Volkes oder eines Staates ist der Krieg eine durchaus berechtigte Sache und

mit ein Schreiben eines Beauftragten des Herzogs vor, in dem der Empfang der Landtageresolution in üblicher Weise bestätigt wird.

Der Christlich-sozialer Parteitag wurde am 1. Oktober im Stadthaus zu Weimar unter zahlreicher Beteiligung eröffnet. Zu Vorsitzenden wurden D. Stoeker, Generalsekretär Franz Behrens und Kaufmann Lüttringhaus gewählt. Der neue Parteisekretär Küffer hat in neun Monaten 270 Versammlungen abgehalten, 20 Ortsgruppen neu gegründet und mehrere Hundert neue Mitglieder gewonnen. Sämtliche Anträge des Viz. Mumm über Parteistatistik und dergleichen wurden einstimmig angenommen. Abgeordneter Dr. Burchardt berichtete über die parlamentarische Tätigkeit der Partei; Jahrlastensteuer und Portoerhöhung wurde von den Christlich-sozialen Abgeordneten abgelehnt, Lantiensteuer und Erbschaftsteuer angenommen. Bei der eingehenden Besprechung über Wahlstatistik hob D. Stoeker hervor, daß die nationalliberale Partei durchweg für die liberale Theologie eintrete und bei den Stichwahlen skamroeweise zur Sozialdemokratie überlaufe. Generalsekretär Behrens weist auf die Wichtigkeit der Ausländerfrage für die Vergaltes hin. Zum Parteipräsidenten wurde D. Stoeker gewählt und der Hauptvorstand auf neun Städte beschränkt.

Unter der Spitzmarke „Eine römische Provokation gegen Deutschland“ schreibt die „Tägliche Rundschau“: Dem Vatikan ist schon das von französischer Seite aufgedruckte unfinnige Wärdchen, die französische Kirchen-Strife sei auf ein deutsch-päpstliches Komplott zurückzuführen, derart in die Glieder gefahren, daß er alsobald zu einem geradezu unerhörten Ausfall gegen die allezeit geduldige „Germania“ übergehe. Er läßt in seinem Organ „Vera Roma“ zunächst den patriotischen Widerstand der Elbsch-Kochbringer gegen die „Germanisationspolitik des Zentrums“ bingefügen; „Am übrigen ist der Papst nicht ein Sozial-Meister Wilhelms. Man darf sogar behaupten, daß Pius X. keine sehr lebhaften Sympathie für diesen iberischen Fischen hat, der trotz seiner schönen Toleranzäußerungen an die Adresse der Katholiken seines Meides noch heute die Polen verfolgt, nur weil sie zu Gott in ihrer Muttersprache zu beten wagen, und der da und dort in Deutschland noch Ueberreste des Kulturkampfes bestehen läßt.“ Das ist der Dank vom Stuhl Petri. Für die unerbittliche Reihe von Freundschaften und Zugeständnissen ernten wir zuletzt die brutale Beschimpfung des Kaisers. Dabei läßt schon der bloße Gedanke, man könne den Vatikan für deutschfreundlich halten, die Amerikaner so sehr den Verstand verlieren, daß sie von einer Germanisationspolitik des — Zentrums schwäben. Schließlich aber kann man doch sagen, daß Derartiges auch seine guten Zeiten hat, indem für einen Augenblick wieder einmal die wahre Gemüthung des päpstlichen Hauptquartiers gegen die protestantische Vormacht zum Ausdruck kommt. — Mit der Ausfertigung der „Vera Roma“ ist vorläufig ist sie ihrem Bestant, vielleicht auch ihrem Sinne nach zu bezweifeln — so ist sie eine journalistische Ungeschicklichkeit, vielleicht auch wirklich eine Provokation. Die „Vera Roma“ ist aber noch nicht der Papst, und in der Polenfrage das Wichtige zu treffen, ist schon anderen Idealen gefallen, warum soll nicht ein italienisches Blatt daneben haufen? Ebenso schwierig ist die schließliche Zentrumfrage. Wir haben viel zu viel Beweise der Zustimmung und Bewunderung Roms und Italiens für die politischen Bestrebungen des Zentrums, als daß eine Bemerkung der „Vera Roma“ da stören könnte. Der deutsche Kaiser selbst endlich wird den Papst nicht als seinen Lokalen ansehen, Wohl aber beweisen Tatsachen die nicht bloß persönliche, sondern auch politische Sympathie Pius' X. und aber nicht erzeitenden römischen Kreise für Kaiser Wilhelm II. Die deutschen Katholiken haben genug vor ihrer eigenen Tür zu stehen und lehren

Christentum und Krieg

lautet das Thema, welches sich Genosse Vogtherr-Stellin für eine Redtour in den Freidenker-Vereinen als Nationalthema ausgewählt hat. (Veral. Dilsfelder Volkszeitung Nr. 221 vom 20. September 1906.)

Auscheinend bilden die Herrschaften des Freidenkertums sich ein, unter der Fhange „Freidenker“ die Verechtigung zu haben, in vollster Freiheit von allen Bescheiden des vernünftigen Denkens und der geschichtlichen Wahrheit behaupten zu dürfen, was ihnen beliebt.

Wäre Genosse Vogtherr nicht in diesem Wahne befangen, so hätte er sich sicher — das dürfen wir doch wohl annehmen? — viel gründlicher als es geschehen ist, sowohl im Christentum wie in der Geschichte umgesehen. Daß er das ganz und gar unterlassen hat, ist ihm zum Unheil geworden.

Denn konnte der Genosse das Christentum, so wüßte er, daß dieses gerade die Idee eines allgemeinen Völkerrfriedens in die Welt gebracht, wüßte er, daß dieses die Beseitigung des Krieges als ein zu erheutes jüdisches Ideal der Menschheit zur Pflicht macht, wüßte er, daß dieses der barbarischen Kriegführung der alten Völker ein Ende gemacht und an der Milderung und Binderung der Schrecken des Krieges nach Möglichkeit arbeitet. In dieser freilich kaum entschuldbaren Unkenntnis der allererleuchteten Dinge seines Themas leistet sich der Genosse den Satz: „Bei dem christlichen Grundfah des stillen Duldens habe sich die heutige sogenannte göttliche Weltordnung mit der Gewaltherr-

dementsprechend hat das Christentum auch von Anfang an gar nichts einzuwenden gehabt gegen den Kriegsdienst als solchen. Weber hat Johannes der Täufer in seiner Predigt an die Soldaten diese zur Desertion aufgefordert, sondern zum Weiben: „leid zufrieden mit euerem Solde“, nach hat Christus den Hauptmann von Mobernau aufgefordert, seine Uniform auszugeben und in Pension zu gehen, nach hat das Urchristentum — das sei ausdrücklich bemerkt gegen Karnads schiefe Darstellung in seinem Punkte „Militia Christi“ — eine grundsätzlich ablehnende Stellung gegen den Soldatenstand eingenommen.

Ebenfalls keine Entschuldigung kann selbst die größte Rachsucht ansündig machen, vielmehr muß die Auflage auf frivole Verleumdung erhoben werden, wenn der Genosse die Behauptung aufstellt:

„Die Kirche als schorhame Dienerin des Staatwesens habe nicht den Mut, dieser offiziellen Verführung (sic!) ihrer Gotteslehre zu widerstreiten“ (gemeint sind „Kriegerrische Kolonisationen in fremden Erdteilen unter dem Deckmantel „der Ausbreitung des Christentums“).“

Als frivole Verleumdung bezeichnen wir das. Denn das Christentum verurteilt aufs schärfste jene „Vergesüge“, eines Romanilladorentums, jene „Kolonisationsfandale“, die das Ansehen Europas in den Augen der „Wilden“ mit der größten Schmach befehen.

Ebenso gehört unter die Verzeichnung „frivole Verleumdung“ der weitere Satz:

„Das Duell sei gleichfalls eine Form des Krieges im kleinen. Wenn auch nach dem Strafrecht und aus christ-